

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 2

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Tschudi, Tony / Egli, Werner / Reventlow, Rolf

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur

Die Politik der Gewerkschaften

Jürg Siegenthaler. Eine Untersuchung der öffentlichen Funktionen schweizerischer Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Francke Verlag, Bern 1968.

Der Autor befasst sich in seiner Dissertation mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in bestimmten Sachgebieten wie der Lohn-, Preis- und Arbeitszeitproblematik, der AHV, dem Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von GAV, der Finanzordnung sowie der Landwirtschaftspolitik und zeigt, wie sich die Gegen- und Partnerverbände dazu einstellten. Im weiteren untersucht er, wo und mit welchen Mitteln die Gewerkschaften ihren Einfluss geltend machten, und analysiert zum Schluss einige generelle Wesenszüge des gewerkschaftlichen Verhaltens.

Als der markanteste Wandel in der Gewerkschaftspolitik seit den dreissiger Jahren ist die Abwendung vom Klassenkampfgedanken zu bezeichnen sowie die Eingliederung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Gleichzeitig wird festgestellt, dass das 1934er Programm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes als Fernziel eine sozialistische Ordnung sah, dasjenige von 1961 hingegen nur noch den kurz- und mittelfristigen Pragmatismus.

Dass sich vor diesem historischen Hintergrund Ansätze zu einer Theorie der schweizerischen Gewerkschaften herauszuschälen beginnen, ist für die SPS besonders interessant. Solange jedoch eine Gewerkschaftstheorie nur auf die Vergangenheit zurückblickt und sich die Gewerkschaften im weiten Feld der Kapitalismusreformen durch nur pragmatische Politik erschöpfen lassen, werden sie das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem höchstens zementieren helfen; verändern aber, sobald sich der gewerkschaftliche Realismus der sechziger Jahre wieder mit den sozialistischen Fernzielen früherer Zeiten verbinden wird.

Tony Tschudi

Probleme der Gewerkschaftspolitik im Zeitalter des technischen Fortschritts

Markus Schelker. Schriftenreihe des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt. Basel 1971.

In seiner Dissertation untersucht der Verfasser, wie die Gewerkschaften ihre Strategien verändern müssen, um ihren Zweck in einer Umwelt erfüllen zu können, die sich durch den technischen Fortschritt rasant wandelt. «Das Problem, vor das sich die Gewerkschaften gestellt sehen, gilt auch für andere politische Organisationen und besteht in der Verlagerung

des Schwerpunktes von den kurzfristigen in die langfristigen Strategien.» (Seite 101)

Dementsprechend verbindet der Autor die drei gewerkschaftlichen Strategien der Preis-, Lohn- und Vermögenspolitik miteinander und entwickelt daraus ein langfristiges Konzept gewerkschaftlicher Einkommenspolitik, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes verbessern soll. Im weiteren fordert er das Recht auf Umschulung und permanente Weiterbildung, damit der Arbeitnehmer den steten Wandel der Umweltsbedingungen nicht mehr als Bedrohung, sondern als natürlichen Vorgang empfindet, «den der Mensch durch einen ständigen Lernprozess schadlos mitvollziehen kann und muss». (Seite 93)

Dass die Demokratie vor den Fabrikatoren nicht haltmachen darf, ist selbstverständlich. «Die Mitbestimmung muss dort einhaken, wo die wichtigen Entscheide gefällt werden, jene Entscheide, von denen ja nicht nur die Profitrate des Unternehmens, sondern auch die Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter abhängen! (Seite 96) Deshalb sollten die Arbeitnehmer das Recht haben, ihre Vertreter in den Verwaltungsrat zu delegieren, der die Richtlinien der Unternehmenspolitik bestimmt, die grundsätzlichen Entscheide fällt und das Management wählt, das ausschliesslich nach fachlichen Kriterien ausgelesen werden soll.

Neben regionaler und sektoraler Strukturpolitik kann die Einkommensverteilung zugunsten der Gewerkschaftsmitglieder selbst vor allem verbessert werden durch die Demokratisierung des Bildungssystems. Notwendige Voraussetzungen dazu sind eine langfristige Bildungspolitik und ein ausgeweitetes Bildungssystem. Im Interesse einer besseren Einkommensverteilung sollten die Gewerkschaften zudem eine Totalrevision der Finanzordnung vorantreiben, ein integrales Sozialversicherungssystem schaffen, die staatliche Konjunkturpolitik sowie die staatliche Wohnbaupolitik maximal fördern.

«Der technische Fortschritt hat den Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern weder verstärkt noch abgeschwächt, sondern auf eine andere Stufe gehoben. In der Gründerzeit der Gewerkschaften war der Inhalt dieses Gegensatzes der Kampf der Arbeiter um eine menschenwürdige Existenz. In der Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges nach dem Zweiten Weltkrieg bemühten sich die Gewerkschaften darum, die Löhne mit dem Wirtschaftswachstum Schritt halten zu lassen.

Heute stehen sie vor einer doppelten Aufgabe: Einmal gilt es, durch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und Mitbestimmung Einfluss auf das Produktivkapital zu gewinnen, und zweitens müssen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, die es den Arbeitnehmern ermöglichen, ohne wirtschaftliche und soziale Nachteile im Prozess der beschleunigten Umstrukturierung der Arbeitsnachfrage zu bestehen.» (Seite 118)

Tony Tschudi

Was ist Sozialismus? Was ist Marxismus?

Dr. Konrad Farner. 1971. Verlagsgenossenschaft, 8002 Zürich.

Konrad Farner nennt seine kürzlich erschienene Arbeit ein Lehrheft. Er hat dieses Lehrheft auf 45 Thesen aufgebaut. An ihnen kann kein ernsthaft Denkender vorbeisehen.

Interessant und fruchtbar ist schon die Gegenüberstellung von Sozialismus und Kommunismus; denn letzterer ist für den Autor eine auf materieller Grundlage aufgebaute Weltanschauung. Der Sozialismus stelle diesen Anspruch nicht. «Der Sozialismus erfasst nur Teile einer Weltanschauung, vorwiegend die Ökonomie . . .»

«Was die verschiedenen sozialistischen Systeme trennt, das ist ihre jeweilige Einbettung in die verschiedenen Weltanschauungen, aus denen dann die verschiedenen Auffassungen von Weg und Ziel resultieren» (These 6).

Im Gegensatz dazu, so belehrt uns Farner, «besitzt der Marxismus als Geschichtsauffassung folgende Grundauffassung: Die Welt ist eine Einheit. Diese Einheit ist materieller Natur. Materie heisst nichts anderes als objektive Realität, die unabhängig vom menschlichen Bewusstsein existiert» (These 15). Sehr behutsam unterscheidet der Autor, wenn er schreibt: «Materie ist nicht identisch mit Substanz.»

Was also ist Marxismus? «Der Marxismus ist also Forschungsmethode, Erkenntnistheorie als dialektischer Materialismus . . . Er ist zugleich Geschichtsphilosophie als historischer Materialismus, fortwährende wissenschaftliche Kritik . . .» Der Marxismus ist demnach: Wissenschaft und Philosophie im Sinne *revolutionärer Kritik* (These 18).

Entgegen der landläufigen Meinung, wonach es sich beim Marxismus um ein «Dogma» handelt, stellt Farner fest: «Der Marxismus ist selber Teil der immerwährenden Entwicklung . . . Er ist keine Dogmatik, weil er nicht in Dogmen (festen, unwandelbaren Lehrsätzen als Glaubensartikel gefasst werden kann, ansonst wäre er nicht wissenschaftlich. Er ist demnach kein geschlossenes Totalitärssystem, weil er Revolution ist» (These Nr. 19).

Folglich muss sich daher der Marxismus in der Wirklichkeit bewähren, oder – um es gar theologisch zu sagen – das Wort muss Fleisch werden. Wie sieht es Konrad Farner? In seinem 45. Lehrsatz äussert er sich dazu wie folgt: Die Praxis dieser Wirklichkeit, das heisst die Geschichte ist es daher auch, die zuletzt über die Richtigkeit des marxistischen oder nicht-marxistischen Sozialismus entscheidet. Die letzten fünf Jahrzehnte zeigen, dass der Sozialismus noch an keinem Ort umfänglich errichtet ist. Man befindet sich immer noch in der Periode der Transformation. Noch weniger in der Kommission bereits verwirklicht.

Zusammenfassend darf von Farners Schrift gesagt werden: wenn wir sie gelesen haben, muss unsere Dankbarkeit recht eigentlich beginnen.

Werner Egli

Die Geschichte einer erfolglosen KP

Hans Hautmann. Die Verlorene Räterepublik. Europa Verlag Wien 1971, Seite 285.

Fast ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis Teile der weltumspannenden kommunistischen Bewegung Gegenstand zeitgeschichtlicher Betrachtungen wurden. Wenn Annie Kriegel in einer umfangreichen Arbeit die Geschichte und die Funktionalität einer heute noch einen bedeutsamen Sektor des politischen Lebens in Frankreich darstellenden Kommunistischen Partei (*Les Communistes français*, Editions du Seuil, Paris 1968) beschrieb¹, so hat nun ein junger österreichischer Doktorand es unternommen, Ursprung und Anfangsentwicklung der österreichischen Kommunistischen Partei zu erforschen.

Seit dem Anfang der zwanziger Jahre, dem Zeitpunkt, mit dem der Autor seine Studie abschliesst, ist diese KPÖ nie mehr ein auch nur andeutungsweise bestimmender Faktor der Politik dieses Landes geworden. In Österreich war und blieb während des Ersten Weltkrieges, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des alten österreichisch-ungarischen Kaiserreiches, in der Ersten und dann, nach 1945, in der Zweiten Republik die Sozialdemokratie die repräsentative Linkspartei. Derzeit hat sie sogar die absolute Mehrheit im Parlament erreicht und regiert das Land. Selbst die Besetzung eines Teiles Österreichs durch sowjetische Truppen im Zweiten Weltkrieg und geraume Zeit danach hat der KPÖ keine Auftriebskraft entfaltet, die ihr politisches Gewicht verleihen konnte. Woran mag das wohl liegen? In erster Linie liegen die Ursachen dieser Entwicklung zweifelsfrei im Umfang, in der über alle Stürme hinweg inneren Festigkeit, aber auch in der geistig-politisch-theoretischen Ausrichtung des österreichischen Sozialismus, die man geschichtlich als «Austromarxismus»² kennt. Über alle Grenzen hinweg lässt sich unschwer feststellen, dass es stets ein relatives Verhältnis zwischen Stärke und Bedeutung zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien gibt. Daher hat das Buch von Hans Hautmann keine über die Grenzen Österreichs hinauswirkende Bedeutung für das Studium der kommunistischen Bewegungen. Dennoch ist es ein wichtiger Beitrag über deren Entstehungsgeschichte am Beispiel einer ganz besonderen geschichtlichen Lage, nämlich der des auseinanderbrechenden vielnationalen Imperiums Österreich-Ungarn und der in deren Verfolg in Ungarn als Verteidigerin des historischen Territorialbestandes Ungarns auftretenden Räterepublik. Wie eng diese Ereignisse, die Revolution im Rest-Österreich – damals «Deutsch-Österreich» genannt – und die ungarische Räterepublik miteinander verknüpft waren, das zeigt Hans Hautmann in seiner sorgsam Darstellung aller Fakten und der Persönlichkeiten jener turbulenten Epoche österreichischer Politik überaus

¹ Siehe «Profil» 3/1970, Seite 90.

² Siehe «Rückblick auf den Austromarxismus» in «Profil» 19/1969, Seiten 291 ff.

anschaulich auf. Hautmann hat seine Darstellung – eigentlich eine Doktor-Dissertation – sehr minutiös mit Quellenangaben belegt und verweist schon zu Anfang darauf, dass er dabei die umfangreichen ihm zur Verfügung stehenden Polizeiakten aus jener Zeit mit skeptischer Vorsicht verwendet habe. Ihr Wahrheitsgehalt sei oft problematisch. Und das waren sie – von Fakten und Daten abgesehen – um so mehr, als der Polizeigewaltige jener Tage, Johannes Schober, nicht nur antikommunistisch, sondern ganz einfach reaktionär ausgerichtet war. Problematisch aber sind nicht minder KP-Archive, wenn sie beispielsweise der Nachwelt vermelden, Friedrich Adler habe in der KP-Zentrale, in einem spannungsreichen Moment, erklärt, die Sozialdemokratie werde sich im Falle einer Übernahme der Macht durch die Kommunisten neutral verhalten. Das ist ebenso unhaltbar wie die daran geknüpfte Vermutung des Verfassers, die sozialdemokratische Parteileitung habe sich damals – im April 1919 – «alle Wege offen halten wollen» und sei in dieser Frage gespalten gewesen. Natürlich gab es da verschiedene Meinungen. Aber die österreichische Sozialdemokratie war, ungeachtet des Hungers und wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit dieser Nachkriegszeit, so festgefügt und selbstbewusst, dass solche Überlegungen in ihren Reihen nicht Platz greifen konnten. Bestreitbar ist wohl auch die Ansicht Hautmanns, dass die Sozialgesetzgebung der jungen Republik erst unter dem Einfluss der ungarischen Räterepublik, also sozusagen unter dem Druck ausländischer revolutionärer Beispiele, zustande gekommen sei. Dabei wird nach Ansicht des Rezensenten die Sozialisierungsdiskussion, die angesichts der Wirtschaftslage und der Machtverhältnisse der folgenden Jahre, im Ergebnis negativ verlief, in unzulässiger Weise mit der Sozialpolitik zusammengeworfen. Für diejenigen, die jene Zeit nicht miterlebten oder sehr genau studiert haben, ist die Frage der Geldsendungen aus Räte-Ungarn an die österreichische KP nicht hinreichend erläutert. Was sind «ungestempelte» Kronennoten? Nun, das war die Erbschaft des Doppelreiches der Monarchie. Die Druckplatten der Banknoten in Budapest waren dieselben wie in Wien. So druckte man dort und versorgte die neugegründete KPÖ mit kuranter Münze. Der fehlende Aufdruck «Deutschösterreich» liess sich dann vermutlich nachholen oder sonstwie beschaffen. Die Sozialdemokraten waren im Vergleich natürlich ärmer, aber als Massenorganisation³ finanziell trotz allem besser fundiert. Nach den wirren Ereignissen der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es Ende der zwanziger Jahre eine gewisse Konsolidation der KPÖ, einige, recht begrenzte Wahlerfolge, die Hautmann vermerkt. Dazu aber muss gesagt werden, dass diese Partei in Österreich weder damals noch in neuerer Zeit zur Bedeutung eines ernsthaft in Rechnung zu stellenden Faktors im politischen Geschehen Österreichs zu werden vermochte. Rolf Reventlow

³ Im Bereich der Sozialistischen Internationale ist die SPÖ auch heute noch die im Vergleich zur Einwohnerzahl mitgliederstärkste Partei. Die Landesorganisation Wien gab für 1971 nicht weniger als 279 000 zahlende Mitglieder an.

ter» gewidmet. Den Hauptbeitrag «Gewerkschaften im Zweifrontenkrieg» verfasste der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Waldemar Jucker. Sowohl in der Februar-Nummer der «Schweizer Rundschau» als auch der «Schweizer Monatshefte» findet sich ein Diskussionsbeitrag zum Thema Mitbestimmung. Neben Gegenargumenten, die es verdienen, diskutiert zu werden, finden sich leider in beiden Aufsätzen Verzerrungen und starke Vereinfachungen. Otto Böni

Ernst Toller

Spaziergang der Sträflinge

Sie schleppen ihre Zellen mit in stumpfen Augen
und stolpern, lichtentwöhnte Pilger, im Quadrat.
Gezackte Fenster glotzen schrill und saugen
wie Ungeziefer Blut zur winterlichen Saat.

Im Eck die Wärter träge lauern.
Von Sträuchern, halb verkümmert, rinnt ein trüber Dunst.
Der kriecht empor an grauen Mauern
und gattet sie in ekler Brunst.

Vorm Tore hilflos starb der Stadt Gewimmel.
«Am Unratshaufen wird im Frühling Grünes spriessen . . .»,
denkt einer . . . endet mühsam die gewohnte Runde.

Verweilt und blinzelt matt zum Himmel.
Er öffnet sich wie bläulichrote Wunde,
die brennt und brennt und will sich nimmer schliessen.

Korrigenda (Profil 2/72)

In der Buchbesprechung von Werner Egli über die Arbeit von Konrad Farner über: «Was ist Sozialismus, was ist Marxismus», sollte es anstatt «noch weniger ist die Kommission verwirklicht» heissen: «Noch weniger ist der Kommunismus verwirklicht.» Ebenso: «Nicht unsere Dankbarkeit, sondern unsere Denkarbeit muss beginnen.»

Utopischer Irrtum

In der letzten Nummer unserer Zeitschrift veröffentlichten wir die interessante Abhandlung «Schule ohne Chancengleichheit» aus der Feder von Elisabeth Michel-Alder. Dabei unterlief der Redaktion ein utopischer Irrtum, indem sie unsere Mitarbeiterin zum Dr. phil. promovierte.

Wir möchten uns bei Elisabeth Michel-Alder dafür in aller Form entschuldigen. Der Leser wird uns dieses Versehen um so eher entschuldigen, als die Berücksichtigung des utopischen Moments gleichsam zu unserer Arbeit gehören müsste.

R. L.